

**22.03.2013**

**Niederschrift**

**Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz**

am 04.02.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:25 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r**

Herr Dirk Kolar

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Ursula Lindstedt

Herr Gerd Oldenburg

Frau Brunhilde Weinhold

Frau Manuela Werbinsky

anwesend bis 16.55 Uhr

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Dipl. Ing. Burckhard Elsner

Herr Heiko Haarmann

Herr Marco Pincus

**Kreistagmitglieder CDU**

Frau Claudia Gebhard

Frau Ute Gössing

Herr Paul-Heinz Kranemann

Frau Elke Middendorf

anwesend bis 16.55 Uhr

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Frank Markowski

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Andrea Hosang

**Kreistagmitglieder FDP**

Herr Sigurd Senkel

**Sachkundige Bürger/innen FDP**

Herr Hans-Jürgen Allendörfer

**Kreistagmitglieder DIE LINKE.**

Herr Dieter Reichwald

**Kreistagmitglieder FWG**

Herr Helmut Stalz

**Kreistagmitglieder GFL**

Herr Helmut Rosenkranz

## **Gäste**

Frau Ines Krause, Selbsthilfegruppe für Eltern und Angehörige von autistischen Kindern mit Asperger Syndrom

## **Verwaltung**

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Herr Josef Merfels, Fachbereichsleiter

Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- |                       |                                                                                                                                 |
|-----------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 1</b>        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner                                                                                    |
| <b>Punkt 2</b>        | Selbsthilfegruppe "Eltern und Angehörige von autistischen Kindern mit Asperger Syndrom, Unna" -<br>Bericht von Frau Ines Krause |
| <b>Punkt 3</b> 006/13 | Tätigkeitsbericht des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz für das Jahr 2012                                          |
| <b>Punkt 4</b>        | Gesundes Städtenetzwerk der Bundesrepublik Deutschland -<br>Mündlicher Bericht                                                  |
| <b>Punkt 5</b>        | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen                                                                                        |

### **Nichtöffentlicher Teil**

- |                |                                          |
|----------------|------------------------------------------|
| <b>Punkt 6</b> | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|------------------------------------------|

### **Öffentlicher Teil**

- |                |                                                     |
|----------------|-----------------------------------------------------|
| <b>Punkt 1</b> | <b>Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b> |
|----------------|-----------------------------------------------------|

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- |                |                                                                                                                                         |
|----------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 2</b> | <b>Selbsthilfegruppe "Eltern und Angehörige von autistischen Kindern mit Asperger Syndrom, Unna" -<br/>Bericht von Frau Ines Krause</b> |
|----------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### Erörterung

Frau Ines Krause stellt die Arbeit der Selbsthilfegruppe für Eltern und Angehörige von autistischen Kindern mit Asperger Syndrom vor. Die Gruppengründung sei im Oktober 2011 mit Unterstützung der K.I.S.S. erfolgt. Von drei sei die Gruppe inzwischen auf elf Personen angewachsen, weitere Anfragen lägen vor.

Es gebe verschiedene Formen des Autismus, die aufgrund ähnlicher Auswirkungen schwer zu unterscheiden seien. Die Form des Asperger Autismus sei noch relativ unbekannt, da sie erst 1997 in die ICD-10-Kriterien der Weltgesundheitsorganisation aufgenommen wurde. Dies führe häufig zu Fehldiagnosen, bis meist erst nach mehreren Jahren die richtige Diagnose gestellt würde. Es handele sich um eine chronische Erkrankung, die aber nicht von den Krankenkassen anerkannt werde, so dass bei Kindern und Jugendlichen die Kommune die Kosten übernehmen müsse.

Ganz neu entwickelt worden sei ein Informationsflyer der Selbsthilfegruppe, der ergänzend bei den von der Gruppe wahrgenommenen Veranstaltungen eingesetzt werden solle, z.B. bei Gesundheitstagen, Info-Ständen usw.

Sodann berichtet sie über die Auswirkungen der Erkrankung und welchen Einschränkungen die betroffenen Kinder und deren Umfeld dadurch ausgesetzt seien. Es gebe selbstentwickelte Hilfsmittel, um die Alltagsgestaltung zu verbessern und einfacher zu gestalten. Außerdem sei mit verschiedensten Einrichtungen ein Netzwerk aufgebaut worden. Dies diene sowohl der Unterstützung der Betroffenen als auch der Schulung von z.B. Lehrer/innen, Erzieher/innen oder Vereinen im Umgang mit den Kindern. Geplant sei die Entwicklung einer Checkliste für Ärzte und Therapeuten, um die Diagnostik zu erleichtern.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss erläutert Frau Krause, dass die Erkrankung nicht offiziell anerkannt sei und daher nicht die Krankenkassen sondern das Jugendamt als Kostenträger fungiere. Asperger Autismus gelte bisher lediglich als drohende seelische Behinderung. Therapien erfolgten durch zertifizierte Therapeuten, z.B. im Autismus-Therapie-Zentrum in Dortmund. Das Lebenszentrum Unna-Königsborn wolle ebenfalls eine Zertifizierung anstreben. Da eine medikamentöse Behandlung nicht möglich sei, helfe nur eine spezielle Verhaltenstherapie.

## **Punkt 3    006/13    Tätigkeitsbericht des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz für das Jahr 2012**

### Erörterung

Herr Hahn erläutert, dass mit den jährlichen Tätigkeitsberichten ein intensiverer Einblick in die Arbeit der jeweiligen Fachbereiche gegeben werde. Dies diene u.a. zur Unterstützung der politischen Arbeit.

Herr Kranemann bittet um Ergänzung der Zahlen im Bereich der schulärztlichen Untersuchungen (S. 12 des Berichtes) um die Jahre 2009 bis 2011 als Anlage zur Niederschrift, um einen Vergleich in der Entwicklung zu haben.

Herr Stalz ergänzt dies um die Frage nach der Anzahl der Kinder bei den Regeluntersuchungen im zahnärztlichen Dienst (S. 18 des Berichtes). Zudem gebe es bei den textlichen Erläuterungen Unklarheiten im Vergleich zum letztjährigen Bericht.

Herr Hahn sagt eine Überprüfung zu.

Frau Hosang begrüßt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den vorgelegten Bericht. Sodann hat sie Fragen zu den Systemkennzahlen (S. 1 des Berichtes), die sie nicht für aussagekräftig halte, da eine Zuordnung zu einzelnen Bereichen fehle. Bei den erteilten Erlaubnissen zur Führung der Berufsbezeichnung (S. 9

des Berichtes) gebe es insbesondere bei den Physio- und Ergotherapeuten eine hohe Anzahl von Ablehnungen. Hier interessiere sie, warum dies so sei. Beim Bereich Frühförderung (S. 16 des Berichtes) sei die Formulierung „wesentlich“ nicht rechtskonform. Dies müsse geändert werden.

Herr Merfels führt aus, dass die Systemkennzahlen die einzelnen Sachgebiete sowie die Nebenstellen enthielten. Bei den Zahlen handele es sich um die Darstellung dessen, was im Qualitätsmanagementprozess erfolge. Bei den erteilten Erlaubnissen hätte sich der Personenkreis der Prüflinge verändert, so dass die abzulegende Prüfung häufiger nicht bestanden würde und somit keine Erlaubnis erteilt werden könne. Die beanstandete Formulierung werde aus dem Bericht gestrichen.

Lt. Herrn Allendörfer mache der Bericht deutlich, wie umfangreich die Aufgabengebiete und wie hoch die vorhandenen Fachkompetenzen seien. Ihn interessiere, ob es weitere Kreisverwaltungen gebe, die sich der Zertifizierung unterzogen hätten.

Herr Merfels teilt dazu mit, dass es eine europaweite gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung eines Qualitätsmanagements für den Bereich der Veterinäre und der Lebensmittelaufsicht gebe. Andere, wie die Apothekenaufsicht oder der Zahnärztliche Dienst, seien nach seiner Kenntnis in NRW die einzigen zertifizierten Bereiche.

Lt. Frau Gebhard seien die Zahlen zu den Schuleingangsuntersuchungen zum Teil erschreckend, wenn man sehe, dass 68 Kinder über keine bzw. mangelhafte Deutschkenntnisse verfügten. Diese Thematik müsse ihrer Meinung nach näher beleuchtet werden, um über die notwendigen Maßnahmen zu beraten. Weiterhin interessiere es sie, ob der Bereich der sogen. „Messies“ Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder eher des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) sei.

Zu den „Messies“ führt Herr Hahn aus, dass es sich hier fast ausschließlich um Betroffene handele, die älter als 27 Jahre seien und damit nicht mehr in die Zuständigkeit des ASD fielen. Am ehesten einzubeziehen sei der sozial-psychiatrische Dienst oder die Betreuungsstelle des Fachbereiches Familie und Jugend. Beide Stellen arbeiteten hier durchaus zusammen.

Herr Bangert weist darauf hin, dass im Bericht der Begriff „Asylanten“ verwendet werde. Hier sei ein diskriminierungsfreier Begriff wie Asylsuchende oder Flüchtlinge zu verwenden.

Herr Hahn sagt die entsprechende Änderung zu.

Herr Kranemann kommt auf die Schuleingangsuntersuchungen zurück. Er halte es für notwendig, dass bei den Sprachstandfeststellungen mit fehlenden Deutschkenntnissen weitere Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Herr Hahn weist darauf hin, dass dies Aufgabe der zuständigen Schulen bzw. Kindertageseinrichtungen sei. Dem Gesundheitsbereich obliege lediglich die Feststellung.

Weiter führt Herr Kranemann aus, dass lt. Bericht der Hauptteil der Suchtkranken aus der Altersgruppe 40 bis 59 Jahre stamme. Der Ausschuss solle sich im Laufe des Jahres damit auseinandersetzen, ob für diesen Personenkreis ein spezielles Projekt entwickelt werden könne.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

#### **Punkt 4**

#### **Gesundes Städtenetzwerk der Bundesrepublik Deutschland - Mündlicher Bericht**

##### Erörterung

Herr Hahn stellt die Aktivitäten des Gesunden Städtenetzwerkes (GSN) der Bundesrepublik Deutschland anhand einer Folienpräsentation vor, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist.

Herr Allendörfer fragt nach der finanziellen Situation des GSN, da in der Vergangenheit Probleme bestanden hätten.

Herr Hahn antwortet, dass dieses Problem durch eine Überarbeitung der von jeder beteiligten Kommune zu entrichtende Dienstleistungspauschale behoben werden konnte.

Lt. Herrn Markowski gebe es nach der Folie 1 eine sehr ungleiche regionale Verteilung der Mitglieder.

Herr Hahn teilt dazu mit, dass die Mitgliedschaften einer ständigen Fluktuation unterlägen. Derzeit steige die Anzahl der größeren Städte an, die Mitglied würden bzw. sich für eine Mitgliedschaft interessierten. Berücksichtigt werden müsse auch, dass die Besiedlung der Bundesländer unterschiedlich stark sei.

Zum Thema soziale Stadt erläutert Herr Hahn auf Nachfrage von Frau Gebhard, dass der Kreis für die kreisangehörigen Kommunen nach wie vor tätig werde, da diese nicht selbst Mitglied aber Zuschussempfänger seien.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

#### **Punkt 5**

#### **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

Herr Hahn macht folgende Mitteilungen:

##### **1. Tagung der Suchthilfe gGmbH**

Am 07. März finde eine Fachtagung zum Thema "Auch Suchtkranke wollen gute Eltern sein" statt, zu der die Mitglieder des Ausschusses ebenfalls eingeladen seien. Es handele sich um eine Veranstaltung anlässlich der 30-jährigen Zusammenarbeit des Kreises und der Suchthilfe.

##### **2. Verbraucherzentrale NRW**

Es läge ein Schreiben der Verbraucherzentrale NRW zu den Ende 2013 auslaufenden Verträgen für die Beratungsstellen Lünen und Kamen vor. In der ersten Jahreshälfte müsse über die Perspektive ab 2014 entschieden werden. Eine entsprechende Drucksache werde zur Beratung im Ausschuss und Entscheidung im Kreistag vorbereitet. Im Vorfeld solle ein Gespräch unter Beteiligung der Bürgermeister der beiden Städte mit der Verbraucherzentrale NRW geführt werden.

##### Anlagen

1. Übersicht der Zahlen der Schuleingangsuntersuchungen im Kreis Unna
2. Folienvortrag Gesundes Städtenetzwerk

gez. Dirk Kolar  
Vorsitzender

gez. Gabriele Bierwolf-Siegrist  
Schriftführer/in